



Steuerverschwendung in Baden-Württemberg

Ausgabe 1:

- **Regierungs-Partys**
- **Prestige-Bauten**
- **Illegale Zulagen**
- **Kostenexplosionen**
- **Ideologischer Wahnsinn**
- **Spekulationen**
- **Vetterleswirtschaft**

Dr. Rainer Podeswa
Sprecher für Finanzen & Haushalt



AFD-FRAKTION IM
LANDTAG VON
BADEN-
WÜRTTEMBERG



www.steuerverschwendung.info

Grüßwort

Liebe Bürger,
liebe Steuerzahler,

viele Jahre wurde dem Bürger und Steuerzahler die schwarze Null als höchstes Gut propagiert. Öffentliche Angebote wurden massiv reduziert und Einrichtungen geschlossen. Überall musste gespart werden. Doch eines Tages war jede Menge Geld da. Sie wissen schon: für die „Flüchlingskrise“. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft berechnete die Kosten der „Willkommenskultur“ auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich.

Unfassbare „Einzelfälle“

Beispielsweise kostete ein einzelner Polizeieinsatz in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) Ellwangen **360.300 Euro**. Keine Übertreibung - lesen Sie es auf der Internetseite des Landtages nach. Die Regierung antwortete es auf die AfD-Anfrage 16/4108. Wir decken auf!

Aber nicht nur für diese Krise ist Geld da. Auch für kostspielige Prestige-Projekte und um Parteifreunde zu versorgen, macht die Regierung gerne den Geldbeutel auf. Wir alle wissen, dass Stuttgart 21 den Kostenrahmen immer wieder sprengen wird.

Wofür haben wir Geld?

Für vieles aber haben wir kein Geld. Eine nun berufsunfähige Angehörige des Breitscheidplatz-Anschlags bekommt dafür 140 Euro Rente. Die Flutopfer im Vogtland, die auch niemand versichern wollte, bekamen 15 Euro Entschädigung. 15 Euro!

Der grüne Kaiser ohne Geldsack

Als es in Braunsbach (Landkreis Schwäbisch Hall) im Mai 2016 zu Überschwemmungen und Schäden von über 100 Millionen Euro kam, erklärte der grüne Ministerpräsident Kretschmann beim Besuch mit Innenminis-



ter Strobl (CDU) vor Ort: „*Wir können jetzt nicht wie früher der Kaiser mit dem Geldsack hierherkommen und das irgendwie verstreuen*“.

Auch der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wollte nicht helfen, obwohl im 2013 geschaffenen Fluthilfefonds extra 4 Milliarden Sondervermögen lagen. Es wäre keine nationale Katastrophe, betonte sein Ministerium.

Katastrophe ausgenutzt

Trotzdem begründete die Landesregierung aus **Grünen** und **CDU** dann aber einen Nachtragshaushalt, mit dem sie sich mehr Geld u.a. für mehr Beamte gönnte, mit der unvorhergesehenen Unwetterkatastrophe in Braunsbach...

Wie gut geht es uns?

7,9 Millionen Menschen in Deutschland benötigen soziale Mindestsicherungsleistungen, davon 6 Millionen Hartz 4. Die Armutsgefährdung liegt, je nach Bundesland, bei bis zu 22,6%. Bei Alleinerziehenden sind über 40% von Armut gefährdet und ebenso deren Kinder.

All das sind gute Gründe, um verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen. Wer betont, dass Deutschland reich ist und es uns gut geht, der ignoriert die Situation von Millionen Menschen im Land.

Ideologisch gemolkene Steuerzahler...

Rekord-Steuereinnahmen bedeuten, dass dem Steuerzahler besonders viel abgenommen wurde. Häufig aus rein ideologischen Gründen und ohne die Bevölkerung ernsthaft über die Folgen aufzuklären.

Beispiel: Die Bundesregierung ging schon 2013 davon aus, dass die Energiewende über 1.000.000.000.000 Euro (1 Billion) kosten wird. Allein bis 2025 zahlt jede vierköpfige Familie im Durchschnitt 25.000 Euro dafür direkt und indirekt über Steuern.

Und wofür? Nur 3% des CO2 sind vom Menschen, davon 70% von Ländern, die das Kyoto-Protokoll nicht bedienen. Deutscher Anteil: 2,23% der 3%. Weltrettung auf Kosten unserer Armen...?

Ähnlich die Euro-„Rettung“: inzwischen liegen die Target-Forderungen bei einer Billion Euro. Der deutsche Steuerzahler haftet. Und während die Banken gerettet werden, werden die Sparer enteignet. Ihre Zinsen liegen unter der Inflation. Bei Ihrer Rente fehlen damit im Schnitt Zehntausende Euro!

Verschwendungen im Ländle

Dieses Heft allerdings legt seinen Fokus auf Baden-Württemberg. Bestimmt haben Sie durch die Presse mitbekommen, dass der Steuerzahler beispielsweise für die EnBW-Übernahme (Fehlbetrag: 1,8 Milliarden) einspringen muss. Das ist übel, aber schon bekannt. Das Heft soll sich deshalb vorwiegend Steuerverschwendungen im „Ländle“ widmen, die medial zu wenig Aufmerksamkeit bekamen.

Regierung kann Schulden nicht beziffern

Unsere Regierung spekuliert nicht nur mit Steuergeldern, sie kennt auch die genauen Zahlungsverpflichtungen des Landes nicht. Um keine Kreditmarktschulden tilgen zu

müssen, was die Landeshaushaltsordnung verlangt hätte, kreierte sie den Taschenspielertrick der „**impliziten Schulden**“. In einem Unternehmen würde man es „**Investitionsstau**“ nennen. Doch wie hoch diese impliziten Schulden sind weiß sie nicht.

Verpflichtungen explodieren

Auch bei den Pensionsverpflichtungen schätzt sie nur. Laut ihren eigenen Mitteilungen haben sich diese in nur einer Legislaturperiode von rund 100 Milliarden auf **160 Milliarden Euro** erhöht. Das Dreifache des Jahresetats von Baden-Württemberg! Laut Rechnungshof wurden auch 18.000 Beamte bei der Berechnung für Rückstellungen „*vergessen*“. Hups?!

Kulturell angemessen?

Doch was ist Verschwendung und was nicht? Beispielsweise muss man diskutieren, wie viel uns Kultur wert ist und wie viele Menschen davon jeweils profitieren. Natürlich können wir uns Kulturförderung leisten, aber wenn das Nationaltheater Mannheim 200 Millionen zur Sanierung braucht, die Stuttgarter Oper 400 Millionen und das Badische Staatstheater Karlsruhe 325 Millionen Euro, dann muss man fragen, ob das nicht günstiger ginge, wie viele Spielstätten wir brauchen oder ob andere Dinge Vorrang haben, z.B. Krankenhäuser. Und die Kultur ist nur ein Beispiel von vielen.

Ich möchte daher zum konstruktiven Nachdenken anregen.



Ihr Dr. Rainer Podeswa

Sprecher für Finanzen und Haushalt

Ps: Ich freue mich über Ihre Hinweise auf Verschwendungen und auch allgemeine Rückmeldungen!

Landesvertretungen auf der ganzen Welt

Baden-Württemberg unterhält **Landesvertretungen**, quasi Botschaften. Beispielsweise im ostafrikanischen Staat **Burundi** (Kosten 2017: 142.644 Euro) und im indischen Bundesstaat **Maharashtra** (75.362 Euro), wo Baden-Württemberg beim Bau der ersten CO₂-neutralen Stadt helfen soll (Gathagram-Projekt). Reisekosten, Dolmetscher, Delegation, etc. kommen natürlich dazu (*linkes Bild*: Kretschmanns Indien-Reise 2017 umfasste 120 Personen; auch 2018 reisten wieder Regierungsvertreter und Wirtschaftsdelegationen). Weitere außereuropäische Partnerschaften bestehen mit der kanadischen Provinz **Ontario**, **China**, **Japan**, **Südafrika** und **Russland**.

Natürlich gibt es auch eine Landesvertretung in **Brüssel**. Als „*Horchposten am Puls der EU*“, meint die Regierung. Von besonderer Bedeutung ist zudem die Landesvertretung in **Berlin**, die sich zwischen den Bot-

schaften Indiens, Österreichs und Ägyptens befindet, 40 Millionen Euro gekostet hat und über eine Weinstube verfügt. Alleine die Gebäudekosten (ohne Personal) der Vertretung sind 2017 mit 1.059.074 Euro kalkuliert.

Regelmäßig finden Veranstaltungen in den Landesvertretungen statt. Beispielsweise am 11.09.18 in Berlin „*Radikalität vs. Relevanz – Politik in Zeiten von Pluralisierung, Polarisierung und Populismus*“. Für die Teilnahme an der Veranstaltung flogen Regierung und Abgeordnete von Baden-Württemberg extra nach Berlin.

Wir meinen: Es muss nicht jedes Bundesland eigene Vertretungen auf der ganzen Welt unterhalten. Und Veranstaltungen unseres Bundeslandes sollten primär hier stattfinden und nicht in Landesvertretungen, die damit ihre Überdimensionierung rechtfertigen und für die hunderte Mandatsträger auf Steuerzahlerkosten durch die Gegend fliegen.



Neujahrsempfang der Landesvertretung Brüssel



gr. Bild: © Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union/FKPH
Bild links: © Staatsministerium Baden-Württemberg

Stallwächter-Party:

97.800 Euro-Catering für 1.500 Gäste

Seit 1964 veranstaltet die Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin ein Sommerfest, die „Stallwächterparty“. Rund **1.500 Gäste**, vorwiegend aus Politik, Medien und Wirtschaft, dürfen daran teilnehmen. Die Kosten variierten zwischen 2010 und 2017 zwischen 226.700 und 398.100 Euro. Allein für die Verpflegung der 1.500 Gäste wurden jährlich bis zu **97.800 Euro** ausgegeben.

Doch die Kosten fürs Catering könnten sogar noch höher liegen, denn die Party wird von Unternehmen gesponsert. Teils in Form von Geld, teils auch mit Sachleistungen. Sponsoren waren 2018 beispielsweise :

Audi AG (23.800 €), Boehringer Ingelheim Pharma (11.900 €), BUGA Heilbronn (28.560 €), Daimler AG (23.800 €), DEKRA (5.950 €), Deutsche Post (8.925 €), Porsche (23.800 €), ebm-papst (11.900 €), EnBW (11.900 €), Fachverband Beton- und Fertigteilewerke (7.140 €), Industrieverband Steine und Erden (39.275 €), Zahnärzteschaft (11.900 €), Landesmesse Stuttgart (23.800 €), L-Bank (2.975 €), Lidl (27.673 €), Remstal Gartenschau 2019 (7.000 €), SAP (17.850 €), Sparkassenverband (4.284 €), Stadtmarketing Mannheim (6.307 €), Trumpf (11.900 €) und die Uni Hohenheim (10.000 €). Knapp **60 Sponsoren** werden

für 2018 insgesamt aufgeführt, darunter sogar ein Hersteller von Insekten-Snacks.

Abgesehen von der Tatsache, dass der Steuerzahler viel Geld für eine Party der Wirtschafts- und Politik-Elite zahlen muss, gibt zu denken, wenn sich Wirtschaftsvertreter mit solchen Summen an einer einzelnen Feier beteiligen. In der Wirtschaft erfolgt schließlich nichts ohne Nutzen.

Größere Sponsoren vergangener Jahre waren auch die AOK, ARTE, Bausparkassen, die Staatsbrauerei Rothaus, Michelin, Bosch, weitere Gartenschauen, Eurowings und Google. Es irritiert, dass Unternehmen mit staatlicher Beteiligung wie die Post, EnBW, Sparkassen, Landesbank, Landesmesse oder Hochschulen sich am Sponsoring beteiligen. Damit kommt indirekt wieder der Steuerzahler für die Party auf.

Gerade bei Unternehmen, die von Entscheidungen der Regierung abhängig sind, hat das Sponsoring einer Regierungsparty auch einen **Beigeschmack**. Beispielsweise bei Landesgartenschauen: für deren Vergabekriterien streitet die Landesregierung auf AfD-Nachfrage zwar Gegenleistungen ab, räumt aber eine „*Erwartungshaltung*“ ein.



Bild: © Landesvertretung Baden-Württemberg Berlin

Geburtstagsfeiern und viele Sommerpartys

Am 17. Mai feierte der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann seinen 70. Geburtstag. Damit er nicht selbst für die große Feier zahlen muss, veranstaltete das Land auf Steuerzahlerkosten ein „*politisches Symposium*“, zu dem die Weggefährten und Freunde Kretschmanns eingeladen wurden, sowie einen großen Empfang im Neuen Schloss in Stuttgart (Bild unten).



Mit dem Feiern scheint es die Landesregierung aus **CDU** und **Grünen** besonders zu haben.

2018 feierte sie nach der Stallwächterparty am 5. Juli am 17.

Juli auf dem Gelände der Villa Reitzenstein (Bild oben), Amtssitz von Ministerpräsident Kretschmann, die nächste Sommerparty. Immerhin 28.418,19 Euro kostete diese exklusive Feier für die Regierungsmitglieder, Regierungsfractionen und deren besonders wichtige Mitarbeiter - was nur durch eine Anfrage von Dr. Podeswa an Herrn Kretschmann öffentlich wurde.

„Es kriegt auch nicht jeder Kaviar“

Auf die massive Kritik der AfD-Fraktion reagierte er in der Presse: Sein Geburtstag, so Kretschmann, werde „*nicht zu einer Verarmung des Landes Baden-Württemberg führen*“ und „*es kriegt auch nicht jeder Kaviar*“. Ein Jahr zuvor hatte er noch verkündet „*bescheiden*“ feiern zu wollen...

Zwei Tage später folgte die dritte Feier im Juli: das große Sommerfest des Landtages.

Übrigens: die grüne Landtagspräsidentin und grüne Parteigliederungen machten mit Freikarten Werbung für die Veranstaltung.

Zur Krönung gab die CDU-Landtagsfraktion dann am 6. September noch ein **Sommerfest exklusiv für die Presse**. Ein nettes „Dankeschön“ an die Medien, oder?



Marode Uni-Bibliothek nach nur drei Jahren

7

53 Millionen Euro, viel mehr als die geplanten 32 Mio., wurden in den Neubau der Universitätsbibliothek in Freiburg investiert. Natürlich musste es etwas außergewöhnliches sein, mit viel Glas und Edelstahl.

Doch kaum hatte man die Fassade angebracht, bemerkte man, dass diese bei Sonnenlicht reflektierte und **Verkehrsteilnehmer blendet**. Es folgten Blendschutzbanner für 90.000 Euro, um Verkehrsunfälle zu vermeiden..

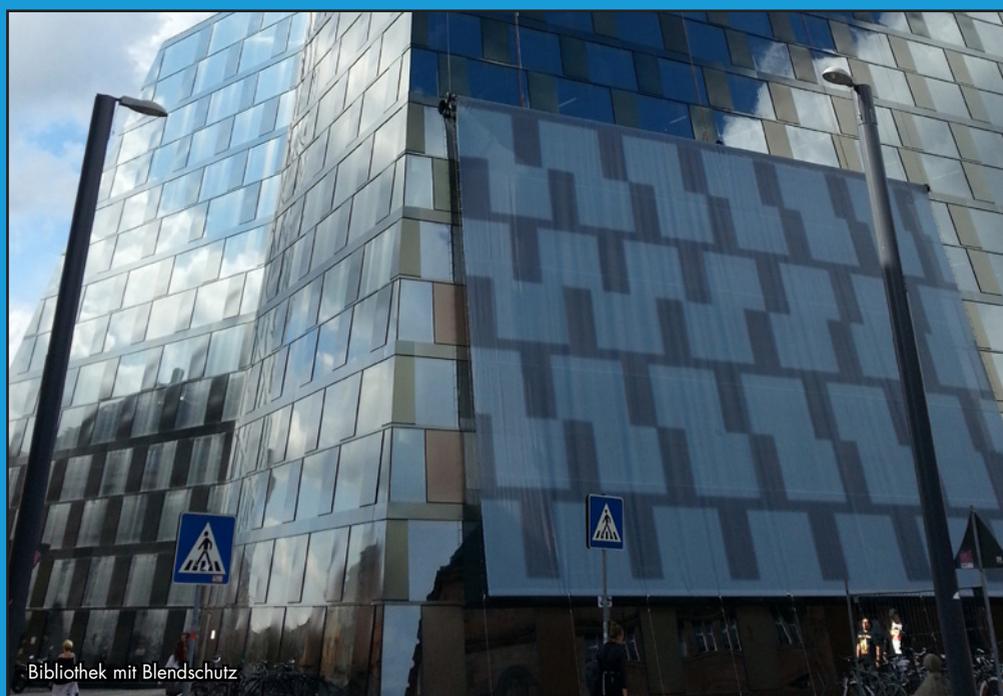
Natürlich war das nur der Anfang der Probleme im erst 2015 eingeweihten Gebäude. Im Mai 2016 **regnete** es durch das Dach. Im Juli 2016 **brach der Boden** in der Eingangshalle ein. Im August 2018 **stürzte ein Teil der Fassade herab**, der Platz um das Gebäude wurde gesperrt.

Noch im selben Monat wurde bekannt, dass die Belüftung der Büros nicht funktioniert und daher die Nutzer **erkranken**. Auch die versprochene 24-Stunden-Öffnung der Bibliothek wurde zum Oktober 2018 eingestellt.

Zudem kommt, dass das Gebäude aufgrund seiner Bodenstruktur sehr laut ist und der Platz nicht ausreicht, insbesondere die Arbeitsplätze für die Studenten.

Die Finanz-Staatssekretärin Gisela Splett lobte ihre Regierung im August 2018 dafür, dass das Land 30 Architekturpreise erhalten hat. Einen davon bekam besagte Bibliothek.

Wir meinen: Das Land sollte funktionell und kostengünstig bauen und nicht Millionen für Gebäude-Experimente verschwenden. Architekturpreise sind dem Steuerzahler egal.



Bibliothek mit Blendschutz

Illegale Zulagen an Hochschulen

Professoren an Hochschulen unterrichten nicht nur, sondern forschen auch. Die Hochschulen in Baden-Württemberg können dafür Zulagen gewähren. Leider bekamen auch Professoren Boni auf Kosten des Steuerzahlers ohne rechtmäßige Grundlage.

Wie der Landesrechnungshof erklärte, gibt es bei **2/3** von 370 geprüften Forschungszulagen, die zwischen 2013 und 2017 gewährt wurden, materielle Fehler. Im Einzelfall betrug die Zulagen bis zu **75.000 Euro**, der Gesamtwert lag bei **1,82 Millionen Euro**.

Der Präsident des Rechnungshofes verlangt eine „*deutlichere Rechtsaufsicht des Landes*“ und die obersten Rechnungsprüfer sind mit ihrer Untersuchung noch nicht fertig...

Doch neben (unrechtmäßigen) **Forschungszulagen** gibt es auch sogenannte **Leistungszulagen**. Ein aktueller Untersuchungsausschuss „*Zulagen Ludwigsburg*“ prüft diesbezüglich gerade ein möglicherweise pflichtwidriges Verhalten der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne), da Professoren an der Verwaltungshochschule Ludwigsburg **rechtswidrige Zulagen** bekamen.

Die ehemalige Rektorin der Hochschule, die die von ihrem Vorgänger veranlassten fehlerhaften Zulagen bemerkte, hatte sich an das übergeordnete Ministerium gewandt. Doch die grüne Ministerin ging der illegalen Steuerverschwendung nicht nach, sondern ließ Zeit verjähren und enthob die Rektorin ihres Amtes.

Inzwischen hat das Verwaltungsgericht Stuttgart der Klage der ehemaligen Rektorin gegen ihre vorzeitige Entlassung stattgegeben und sieht das Verhalten der Ministerin als rechtswidrig an.

Der Untersuchungsausschuss, in dem für die AfD-Fraktion Dr. Rainer Podeswa und Emil Sänze sitzen, soll klären, ob sich die grüne Ministerin korrekt verhalten hat. Vieles spricht dagegen, eine Entlassung der Ministerin scheint geboten.

Was zudem sauer aufstößt ist der Umstand, dass die Regierung die Befragung von Zeugen immer wieder unterbricht, um diesen zu erklären, was sie sagen dürfen und was nicht. Diese dürfen sich nur zu abgeschlossenem und nicht zu laufendem Regierungshandeln äußern. Außerdem hat die Ministerin dem Ausschuss wiederholt Akten vorenthalten.





50 statt 20,5 Millionen Besucherzentrum Schwarzwald

Als man 2014 das Besucherzentrum im neuen Nationalpark Schwarzwald ankündigte lag der Kostenrahmen noch bei **20,5 Millionen**, zuzüglich einem Puffer von drei Millionen Euro. 2015 kalkuliert man dann 28,5 Millionen Euro. Im Juli 2016 wurden 37 Millionen Euro

daraus, im Juni 2018 ging dann das Finanzministerium bereits von **über 50 Millionen** Euro Gesamtkosten aus.

Fehler waren u.a. das zu Beginn nur Baukosten des Gebäudes und nicht die Ausstattung oder Parkplätze kalkuliert wurden. Zudem ist inzwischen eine Luxus-Ausstattung geplant. Ebenso wurde nicht kalkuliert, dass die Betriebskosten einen **jährlichen** Mehrbedarf von 1,75 Millionen Euro verursachen.

Millionen ohne Vertrag neue Bildungsplattform

„Ella“ sollte eine digitale Plattform werden, über die Lehrer und Schüler Informationen austauschen. Im Februar 2018 sollte es an 100 Schulen losgehen, doch es klappte nicht. Das Betriebskonzept ist unvollständig, zentrale Bausteine und ein Sicherheitskonzept fehlen oder sind unvollständig und vieles wurde nicht getestet. Ein Gutachten stellte

129 Mängel und 34 offene Punkte fest. Für das Projekt sind 2018/2019 rund 20 Millionen Euro eingeplant, davon wurden **8,7 Millionen Euro** bereits ausgegeben. Im Landtag stellte sich heraus: laut Kultusministerium von Susanne Eisenmann (CDU) gab es Verhandlungen zu einem Vertragsentwurf - jedoch nie einen Vertrag!

Nun gibt es viel verlorenes Geld, keinen Vertrag, keinen neuen Starttermin und keine Bildungsplattform.

Fotovoltaik als Markise?

Im Gebäude der Autobahnpolizei Kießlegg (Landkreis Ravensburg) wurde es zu eng. Ein Anbau für 360.000 Euro kam hinzu, inklusive einer Fassade aus 20 senkrecht verbauten Solarmodulen.

Doch die Module müssen jeden Tag mehrmals per Hand in Richtung Sonne ausgerichtet werden. Erklärung des Finanzministeriums: *„Die Solaranlage diene in erster Linie nicht der Energiegewinnung, sondern viel mehr dem Wohlbefinden der Mitarbeiter.“*

Der Landesrechnungshof führte inzwischen zudem aus, dass die Kosten der Anlage bei etwa 250% der Normalkosten lagen.

Wir meinen: wenn diese nicht zur Energiegewinnung sind, dann hätten es Markisen auch getan.



Bild: © Rechnungshof



Bild: © ZDF Länderspiegel

Eidechsen-Wahnsinn

Umweltschutz und Artenschutz sind ohne Zweifel wichtig. Sie sind aber keine Rechtfertigung dafür ohne Verstand zu handeln, denn auch beim Umweltschutz kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden.

So mussten im Baugebiet der **Bundesgartenschau 2019** in Heilbronn rund 1.000 Mauereidechsen eingefangen und umgesiedelt werden. Kosten: 850.000 Euro. Auch beim Südbahnhof mussten rund 400 Tiere vergrämt werden - für 600.000 Euro. Bedroht ist das Tier in Heilbronn nicht und für die Ersatzbiotope werden ökologische Habitate anderer Arten zerstört.

Doch Heilbronn ist eine Kleinigkeit im Vergleich mit **Stuttgart 21**. Zeitweise wurde davon ausgegangen, dass 6.000 bis 10.000 Eidechsen für bis zu 8.600 Euro pro Exemplar umgesiedelt und anschließend 30 Jahre

lang von Artenschützern beaufsichtigt werden müssen. Inzwischen ist „nur“ noch die Umsiedlung von 5.000 Tieren im Gespräch.

Bei der Suche nach einem Ersatzhabitat per Gutachten für 130.000 Euro stellte sich dann allerdings heraus: über 200 Ersatzflächen kommen nicht in Frage, vorwiegend da dort schon Eidechsen wohnen. Von **mindestens 140.000** erwachsenen Mauereidechsen muss in Stuttgart ausgegangen werden.

Auch beim Bahnhof Feuerbach, im Norden von Stuttgart, waren Zauneidechsen für 655.000 Euro umgesiedelt worden. 4.500 Euro pro Tier, sagt die Bahn.

Bei einem Bauplatz in Unterürkheim zahlte sie **8.599 Euro pro Tier!**



Fahrrad-Parkhaus

Im südbadischen Lörrach hat man sich am Hauptbahnhof ein Fahrrad-Parkhaus für 103 Fahrräder gegönnt. Doch pro Monat liegt die Nachfrage bei nur etwa 100 Tageskarten, also drei Tickets pro Tag! Zusammen mit sechs Carsharing-Parkplätzen kostete das 723.000 Euro.

Wir meinen: die Förderung von Fahrrädern ist gerade in Mode. Generell ist die gesunde Nutzung des Zweirads auch ohne Zweifel empfehlenswert. Nur darf man vor lauter Träumerei über Innenstädte ohne Autos nicht die Realität aus den Augen verlieren. Hoffentlich lernen andere Kommunen aus diesem teuren Fehler.

Umsiedlung von 1.000 Jesidinnen für 44 Millionen

Unter der Regie von EU und UN werden sogenannte Resettlement-Programme durchgeführt. Laut Innenminister Thomas Strobl (CDU) kann danach *„aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung der politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“* von einer Landesbehörde unter Zustimmung des Bundesinnenministeriums (BmDI) ohne Konsultation der Parlamente ein uneingeschränktes Bleiberecht gewährt werden.

Innenminister weiß von nichts...

Wie viele Menschen seit 1990 im Rahmen solcher Kontingentflüchtlings- und Resettlement-Programme ins Land gekommen sind, kann der Innenminister jedoch nicht beziffern. Alleine seit August 2014 kamen durch drei Anordnungen des BmDI aber insgesamt 2.200 dadurch nach Baden-Württemberg. Bei 1.900 von diesen kann der Innenminister nicht die Staatsangehörigkeit angeben, die übrigen 300 (angeordnet am 6. Juli 2018 unter Bundesinnenminister Horst Seehofer) kommen aus uns „kulturnahen“ Regionen wie Syrien, Irak, Eritrea, Somalia, sowie Pa-

lästina. Auch über den Grad der Alphabetisierung und Bildung der Menschen weiß er nichts - genauso ob diese nun Sozialleistungen beziehen.

Vor Weihnachten 2014 initiierte Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) entgegen der öffentlichen Kritik der tatsächlich im Nordirak im Einvernehmen mit der kurdischen Autonomieverwaltung tätigen Hilfsorganisation „*Medica mondiale*“ ein **„Sonderprogramm Jesidinnen“**, das 1.000 durch den IS traumatisierte Jesidinnen sowie zugehörige Kinder nach Baden-Württemberg holte. Auch über deren Integrationsfolge weiß Herr Strobl nach knapp vier Jahren nichts.

Allerdings weiß er, dass die Rundumbetreuung dieser 1.000 Frauen die baden-württembergischen Steuerzahler bisher 44 Millionen Euro gekostet hat und insgesamt **95 Millionen** für das Jesidinnen-Sonderprogramm veranschlagt sind. Wohlgemerkt nur ein Sonderprogramm unter vielen und ohne jede parlamentarische Kontrolle.

Wir meinen: mit 95 Millionen Euro hätte man regional oder in der Nähe ihrer Heimat für diese Frauen mehr erreichen können.

Zocken & Spekulation auf Steuerzahlerkosten

Erst 2016 endete die gerichtliche Auseinandersetzung der Stadt Pforzheim, die 56 Millionen Euro durch **spekulative Zinsgeschäfte** (Spread Ladder Swaps) verloren hatte und leider auch nach der Einigung mit den Banken auf einem Schaden in Millionenhöhe sitzenblieb. Ende 2017 wurden erstmals Kommunalpolitiker strafrechtlich verurteilt. Doch daraus lernten andere öffentliche Institutionen nichts.

Im Sommer 2018 wurde bekannt, dass mehrere Bundesländer mit **Derivat-Geschäften** (Wetten auf Zinshöhen zu bestimmten Zeitpunkten) viel Geld verspekuliert haben. Größter Derivateverlierer nach Hessen soll Baden-Württemberg sein. Das **Minus der Zinspapiere liegt bei 4,1 Milliarden Euro**, der Nominalwert bei 7,97 Mrd. (Stand: August 2018). Wenn die Derivate auslaufen, dann werden daraus Milliardenkosten, die im Finanzhaushalt fehlen.

Zockende Exekutive ohne Information der Legislative

Die Regierung verzockt Steuergelder und das am Parlament vorbei, denn der Landtag wurde nicht informiert. Schon in der letzten Legislaturperiode unter grün-rot wurde über Zinswetten diskutiert. Das Finanzministerium blockierte aber - vermutlich um die eigenen Wettgeschäfte nicht aufdecken zu müssen.

Spekulation sogar mit Kryptowährungen wie Bitcoin

Doch das Land spekuliert nicht nur mit realem Geld, sondern auch mit Kryptowährungen wie „Bitcoins“. Offiziell heißt es, dass man nur Kryptowährungen aus **Beschlagnahmen** verkauft. Da diese jedoch wegen der Kursschwankungen schon **vor Abschluss der Gerichtsverfahren** verkauft werden, anders als gesetzlich vorgesehen, bestehen Risiken. **Wenn das Gerichtsverfahren nicht gewonnen wird und der Kurs steigt, dann muss das Land zu höheren Kursen zurückkaufen.**



Missbrauch: Studenten- beiträge

Eine AfD-Anfrage hat ergeben, dass elf profiliert linksextreme und vom Verfassungsschutz beobachtete Organisationen durch verschiedene „*Verfasste Studentenschaften*“ finanziert werden. Diese wiederum bekommen Steuergelder.

Kampf! Kampf! Kampf!

Die Altparteien stehen auf „Kampf“! Besonders den **„Kampf gegen rechts“** können sie gar nicht oft genug fordern. Nicht gegen rechten Extremismus und schon gar nicht generell gegen Extremismus, sondern **pauschal** gegen **„rechts“**.

Alleine Baden-Württemberg hat zwischen 2010 und 2017 **über 135 Millionen Euro** Steuermittel für diesen **„Kampf gegen rechts“** verwendet, hauptsächlich Mittel an Schulen. Hingegen keinen einzigen Cent für den Kampf gegen Linksextremismus oder gar pauschal gegen „links“.

Natürlich ist das eine Kleinigkeit im Vergleich zum Bund. Dieser hat alleine im Jahr 2017 stattliche **116,5 Millionen Euro** für den **„Kampf gegen Rechts“** verwendet. Immerhin hatte er auch 1,5 Millionen gegen Linksextremismus übrig.

Pikant: es werden von den Mitteln **„gegen rechts“** auch Projekte gefördert, die selbst linksextremistisch sind. SPD und CDU haben 2014 die **„Extremismusklausel“** abgeschafft, die Empfänger von Geldern zum

Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtete - und das wird ausgenutzt. Auch Linkspartei und Grüne waren natürlich für diese Abschaffung.

Stadt hilft verbotenem Linksextremismus-Portal

Das verfassungsfeindliche Portal **„linksunten.indymedia“**, dessen Verein verboten wurde, aber natürlich nur Tage später unter neuer Organisation zurück war, profitierte durch die entgeltfreie Überlassung von Räumlichkeiten in Freiburg.

Diese gehören der Deutschen Bahn und wurden von der Stadt gemietet, um sie den Linksextremisten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dadurch kamen dem Verein 2015 und 2016 jeweils Zuwendungen von 267.490 Euro und 2017 sogar **282.080 Euro** zugute. Nur ein Beispiel von vielen für staatlich subventionierten Linksextremismus.

Wir meinen: Rechtsextremismus bekämpft man nicht mit staatlich subventioniertem Linksextremismus.



Beratungs-Wahnsinn

Zugegeben: im Vergleich mit den 146,2 Millionen Euro, die die Bundesregierung 2017 für Berater ausgegeben hat (ein Anstieg von 44%), erscheinen die Beratungsleistungen des Landes wenig. Trotzdem muss man sich wundern. Die Regierung kann auf das Fachwissen von tausenden Beamten zurückgreifen. Insbesondere hatte sie in vielen Bereichen hohe Stellenzuwächse, durch die schließlich die Eigenleistung steigen soll. Trotzdem hat sie 2016 insgesamt **13,4 Millionen Euro für externe Beratung** ausgegeben (neuere Zahlen liegen noch nicht vor).

Besonders große Anstiege hatten das Innenministerium mit 2,1 Millionen Euro (2015: 1,3 Millionen), das Kultusministerium mit 33.856 Euro (2015: 18.147), das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit 713.278 Euro (2015: 459.920), das Sozialministerium mit 519.188 Euro (2015: 255.806), das Wissenschaftsministerium mit 3,8 Millionen Euro (2015: 2,4 Millionen) und das Integrationsministerium mit 129.143 Euro (2015: 64.697).

Auch Tatsachen, wie dass sich das grün geführte Umweltministerium in Sachen Umwelt beraten lassen muss, verwundern. 2015 hat es beispielsweise 4,75 Millionen Euro für Beratung ausgegeben, davon 2,4 Millionen für eine „**Beratung bei der Nachhaltigkeitsstrategie**“.

Jobs für Parteifreunde

Zunehmend tummeln sich in den Ministerien Mitarbeiter mit Bezügen zur Partei der Grünen oder deren Stiftung. Offiziell zählen nur Eignung und Qualifikation, doch insbesondere im Wissenschaftsministerium von **Theresa Bauer** (Grüne) fallen jahrelange Vakanzten und eine Personalpolitik auf, bei der die bestmögliche Eignung wohl das Parteibuch der Grünen ist.

Was den meistem Steuerzahlern ebenfalls unbekannt sein dürfte: Fraktionen dürfen Mitarbeiter verbeamteten. Gerade angeblich soziale Parteien wie die SPD haben viele Fraktionsmitarbeiter verbeamtet und damit für den Steuerzahler Millionen an teuren Beamtenpensionen verursacht. Die AfD-Fraktion machte davon noch nie Gebrauch.



Haus der Abgeordneten
Bild: Landtag von Baden-Württemberg

Kritik des Landesrechnungshofes

Der Rechnungshof (RH) Baden-Württemberg übt die oberste Finanzkontrolle des Landes aus. In seinen jährlichen Denkschriften stellt er seine Überprüfungen vor und macht Vorschläge für Einsparungen und Effizienz. Für die Regierung empfiehlt es sich, auf die Ratschläge der Experten zu hören, da diese Fachleute sind, anders als beispielsweise die Minister und viele Abgeordnete.

Ignorierte Einsparvorschläge

Leider ist das häufig nicht der Fall. Beispiel: das **Innenministerium** von Thomas Strobl (CDU) stimmt den RH-Vorschlägen zwar zu, aber meint die „*gegenwärtige Situation mache es erforderlich, an bewährten Strukturen festzuhalten*“.

Dabei geht es um die Polizeiausbildung, bei der inzwischen fast alle Bewerber die Qualifikation haben, um direkt für den gehobenen Dienst ausgebildet zu werden. Stattdessen werden die meisten aber für den mittleren Dienst ausgebildet und beginnen 2,5 Jahre danach die Weiterqualifizierung. Dieser Umweg verursacht doppelt so hohe Kosten für den Steuerzahler. Auch werden viel mehr Bewerber auf Diensttauglichkeit untersucht, als eingestellt werden können. Natürlich kosten diese unnötigen Untersuchungen Geld. Zudem bildet Baden-Württemberg wesentlich länger aus, als die anderen Bundesländer. Würden wir statt 30 nur 18 oder 24 Monate, wie die Mehrheit der Länder, ausbilden, dann würden auch sofort Kapazitäten in der Polizeischule freierwerden, sodass mehr Polizisten ausgebildet werden könnten.

Anderes Beispiel: Im Ministerium für **Ländlichen Raum** von Peter Hauk (CDU) wurde festgestellt, dass Fördermaßnahmen in der Mehrzahl nicht kontrolliert werden. So wurden Ausgaben gefördert, die es gar nicht gab. Der RH schlägt zudem eine Befristung von Förderungen vor. Das Ministerium aber betont den Aufwand für Kontrollen und sagt pauschal, dass die Förderungen notwendig sind.

Personalaufbau

Das Land hat rund 47 Milliarden Euro Schulden. Frühere Einsparmaßnahmen wurden zurückgenommen und stattdessen gab es einen deutlichen Stellenzuwachs. 40% der Ausgaben des Landes werden für Personal benötigt, daher ist ein Stelenaufbau gefährlich.

Weitere Feststellungen

5,9 Milliarden gehen in Förderprogramme. Bei Stiftungen wurde kritisiert, dass der Stiftungsrat deutlich verringert werden sollte.

Der geplante Neubau der Justizvollzugsanstalt Rottweil wird sich wohl von 118 auf 182 Millionen Euro verteuern.

Auch empfiehlt der Rechnungshof, dass Lehrer wieder in Schulen eingesetzt werden sollen und nicht als „*Sonderverwendung*“ beispielsweise in Ministerien!

Bei 24% der außerplanmäßigen Ausgaben (18,7 Mio. Euro) lag keine Einwilligung des Finanzministeriums vor. Bei der Prüfung von Lohnzahlungen konnte eine Million Euro zurückgefordert werden.

Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen für Sozialhilfe stiegen 2017 um **36,2%** auf 1,2 Milliarden Euro.

Bei der Kontrolle der Finanzämter ergaben sich in 48,6% der Einkommensteuerfälle Beanstandungen. Auch deshalb betont der Rechnungshof, dass das Steuerrecht vereinfacht werden sollte. **Eine Kernforderung der AfD!**

Viele Außenanlagen im Besitz des Landes sind in sehr vernachlässigtem Zustand, verunreinigt, beschädigt und bergen Unfallgefahren. Das geht bis hin zu Sicherheitsrisiken, z.B. ein überwuchertes Zaun bei einer JVA oder nicht mehr lesbare Schilder bei einem Munitionsdepot. Generell wird kritisiert, dass bei der Anschaffung die laufenden Kosten nicht berücksichtigt werden.

Fotovoltaikanlagen auf Landesgebäuden richten sich nicht nach der Sonne, sondern nach „*gestalterischen Gründen*“ und sind vielfach verschmutzt, sodass sie kaum Ertrag abwerfen.

Die Filmförderung (2016: 14,95 Mio. Euro) soll eine unabhängige Produzentenlandschaft fördern. **Doch 41% der Gelder gehen an den SWR.** Bei der Produktionsförderung von 2003 bis 2013 zahlten nur 18% der Projekte insgesamt 2% der Fördermittel zurück.



Informationen zur Arbeit der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland (AfD) erhalten Sie im Internet und in gedruckter Form.

Zu meiner Arbeit mit dem Schwerpunkt „Finanzen“ erhalten Sie viele weitere Beiträge unter

www.rainerpodeswa.de

Gerne schicke ich Ihnen auch gedruckte Informationen zu. Kontaktieren Sie mich!

Informationen über die Arbeit der Landtagsfraktion erhalten Sie unter

www.afd-fraktion-bw.de

Auch auf unseren Facebook-Seiten erhalten Sie täglich Informationen.



Finanzhaushalt 2016-2019

Im Heft zu den Finanzhaushalten des Landes Baden-Württemberg zeige ich nicht nur Beispiele für Milliarden-Verschwendungen, sondern auch Inkompetenz der Regierung und Vetterleswirtschaft auf.

Steuerverschwendungen

Es gibt weitere Hefte und Informationen zur Steuerverschwendung.



Kostenlos anfordern oder als PDF unter:

www.steuerverschwendung.info

Sie möchten etwas genauer nachlesen oder die Quellen überprüfen?
www.rainerpodeswa.de/quellen

Herausgeber:

Dr. Rainer Podeswa (MdB)
Sprecher für Finanzen und Haushalt der
**AfD-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg**
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

Dieses Heft wurde **nicht** mit Mitteln der Landtagsfraktion bezahlt und kann daher auch zu Wahlkampfzeiten verteilt werden.

© Foto Titelseite: Landtag von Baden-Württemberg

1. Ausgabe, 3. Druckauflage

rainer.podeswa@afd.landtag-bw.de
Tel.: **0711 20635 626**